



An
Oberbürgermeister Gert Hager
Marktplatz 1
75175 Pforzheim

17.03.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hager,

Wir in Pforzheim (WiP) stellt den Antrag

Der Gemeinderat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt

zu prüfen, inwieweit ein umfassenderes, den tatsächlichen Erfordernissen entsprechendes städtisches Wohnungsbauprogramm aufgelegt werden kann. Ziel muss sein: Ausreichenden und angemessenen Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen zu gewährleisten.

Die Verwaltung möge weiter prüfen, inwieweit neben der Stadtbau auch die anderen örtlichen Wohnungsbaugesellschaften in dieses Programm einbezogen werden können.

Weiter soll die Verwaltung prüfen, inwieweit die Einrichtung eines Bürgerfonds als flankierende Unterstützung des finanziellen Bedarfs realisierbar ist.

Die Ergebnisse, die geplante Maßnahmen und deren Umsetzung sollen baldmöglichst den zuständigen Gremien vorgelegt werden.

Begründung

Der jüngste Bericht des Jugend- und Sozialamtes vom 13. März 2014 zeigt mit erschreckender Klarheit die Wohnsituation Pforzheimer Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen Einkommen, vor allem für ältere Alleinstehende, Alleinerziehende und kinderreiche Familien.

Entscheidend für unsere Begründung ist die sich deutlich abzeichnende Verschärfung dieser Situation:

- In zehn Jahren wird die Stadt nur noch 725 mietpreisgebundene Wohnungen zur Verfügung haben. Dem gegenüber stehen 18.000 im Jahre 1975.
- Jetzt schon leben in unserer Stadt ca. 25.000 Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind. Und dass diese Tendenz steigend ist, kann niemand bezweifeln oder ausschließen.
- Dies wird zu einer enormen Steigerung der Kosten der Unterkunft führen und damit zu einer jährlich steigenden Belastung des städtischen Haushaltes

Obwohl der effektive Wohnungsbedarf immer noch nicht ermittelt ist, besteht ohne Zweifel dringender Handlungsbedarf. Das haben die Bürger im Masterplan ebenso deutlich aufgezeigt, wie sämtliche sozialen Akteure im Sozialentwicklungsplan.

Die von der Stadt geplante Maßnahme, die Stadtbau GmbH mit der Schaffung von jährlich 10 mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnungen zu beauftragen, ist de facto eine Kapitulation vor dieser Aufgabe. Die Stadt kann diese Aufgabe nicht alleine stemmen. Gerade deshalb ist es notwendig neue Wege zu gehen, um diese dringende und unaufschiebbare Aufgabe in einem Mindestmaß zu erfüllen.

Deshalb fordert WiP eine konzertierte Aktion von Stadt, Wohnungsbaugesellschaften, Land und Bund, aber auch der Bürger unserer Stadt.

Es ist nicht einzusehen, weshalb nur die Stadtbau GmbH ausschließlich in die Pflicht genommen werden soll und die anderen Wohnungsbaugesellschaften Pforzheims sich dieser gemeinnützigen Aufgabe entziehen dürfen.

Der von WiP schon vor Jahren gemachte Vorschlag, Gelder sozial engagierter und investitionsbereiter Bürger unserer Stadt in einem Bürgerfonds zu sammeln, mit dem ein wirksames Wohnungsbauprogramm gestartet werden könnte, sollte endlich ernsthaft geprüft werden. Die Tatsache, dass diese Menschen auf den Finanzmärkten oft nicht nur keine Zinsen mehr erhalten, sondern sogar Zinsen für sichere Anlagen bezahlen, ist ohne Zweifel ein wichtiges Argument für Kapitalanlage in einem sicheren städtischen Fonds. Bürokratische oder rechtliche Hürden müssen energisch überwunden werden.

„Pforzheim kann mehr“!

Mit einer solch erfolgreichen konzertierten Aktion könnten wir das eindrucksvoll beweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schulz und Christof Weisenbacher

